

Tabak-Arbeiter

Nr. 26 / Bremen, den 28. Juni 1930

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 A ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 A für die vierspaltige Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abends. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: 211; Domsheide 20780. Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krohn, Postfach 6349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft deutscher Consumvereine in G. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung, Bremen. Verbandsauschussvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Weidenberghof 57, Zimmer Nr. 24

Hausfrau, Arzt und Volksernährung

DKGS. Die Hausfrau ist der Ernährungsminister jeden Haushaltes. Was das heißt, wird erst verständlich, wenn man hört, daß vier Fünftel des Gesamteinkommens aller Deutschen für Ernährungszwecke durch die Hände der Hausfrau gehen. Als Verwalterin dieses Volksvermögens trägt somit die Hausfrau eine ungeheure Verantwortung und ihre Aufgabe ist es, das ihr anvertraute Gut richtig zu verwalten, d. h. das schwer erworbene Geld für Ernährungszwecke so anzulegen, daß es für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der einzelnen Familienmitglieder nützlich und förderlich ist. Darum muß jede Hausfrau sich einige Kenntnisse auf dem Gebiete der Ernährungslehre erwerben. Das geschieht nicht durch gute Ratschläge der lieben Nachbarin, das läßt sich nicht erlernen durch Rezepte aus dem Kochbuch, sondern hier muß der Hausfrau ratend und helfend vor allem derjenige zur Seite stehen, dessen Beruf es ist, Rezepte zu schreiben: der Arzt.

Die medizinische Wissenschaft hat gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf dem Gebiete der Ernährungslehre außerordentliches geleistet, wovon auch die soeben eröffnete Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden erneut Zeugnis ablegt. Trotzdem sei vorausgeschickt, daß es auf die Frage „Wie ernährt man sich richtig“ keine für jedermann und für alle Verhältnisse gültige Antwort gibt.

Der Nahrungsbedarf des gesunden Menschen ist von einer großen Reihe von Faktoren abhängig: Alter, Klima, Arbeit auf der einen, Gemohnheit, Mode, Bequemlichkeit und nicht zuletzt der Geldbeutel auf der anderen Seite, sind einige der wesentlichsten Momente, die Art und Menge unserer Ernährung beeinflussen. Die Wissenschaft kann also auch nur Durchschnittswerte errechnen, die im Einzelfalle eine Anpassung an die besonderen, persönlichen Verhältnisse erfordern. Die Grundpfeiler unserer Ernährung bilden Eiweiß, Fett und Zuckerstoffe (Kohlenhydrate), sowie Salze und Ergänzungsnährstoffe (Vitamine). Von ihnen dient nur ein kleiner Teil zum Aufbau der durch die Lebensaktivität verbrauchten Körpersubstanzen, der größte Teil wird im Körper verbrannt und spielt, ähnlich wie bei der Dampfmaschine, dabei die Rolle des Heizmaterials. Als Maß für die von einer Kost gelieferte Wärmemenge dient die sog. Kalorie. Da aber weder die Hausfrau noch der Gastwirt seine Ware auszeichnet mit Angabe ihres Gehalts an Nährstoffen oder Kalorien, so ist der Hausfrau mit Zahlenangaben kaum gedient, vielmehr wird da praktische Erfahrung oder im Einzelfalle besondere ärztliche Beratung notwendig sein. Ganz allgemein sei daher gesagt, daß unter unseren Nahrungsmitteln die Hauptträger der Kohlenhydrate Brot, Kartoffeln, Mehl, Zucker, Gemüse und Obst sind. Das Brot deckt etwa ein Drittel des gesamten Kalorienbedarfs der arbeitenden Bevölkerung. Als Durchschnittsquantum können etwa 200—300 Gramm pro Tag angenommen werden. Dabei erhebt sich sofort die gegenwärtig besonders interessierende Frage: Weißbrot oder Schwarzbrot?, d. h. Weizen- oder Roggenbrot?

Da der deutsche Boden nicht genügend Weizen liefern kann, und wir genötigt sind, jährlich aus dem Ausland 1,8 Millionen Tonnen Weizen für teures Geld einzuführen, muß ein gesteigerter Verbrauch von Roggenbrot zunächst im volkswirtschaftlichen Interesse liegen. Vom Standpunkte des Arztes aus ist zu sagen, daß Weißbrot und Roggenbrot für den menschlichen Körper ziemlich gleichwertig sind. Das Weißbrot wird von vielen bevorzugt, weil es angenehm schmeckt, sich gut ißt und den Darm wenig belastet. Umgekehrt ist es ein Vorzug des Schwarzbrottes, daß es in den Kleiebestandteilen wichtige Nährstoffe enthält, daß es Mund und Zähne durch stärkere Inanspruchnahme unserer Kauwerkzeuge besser reinigt und die Darmtätigkeit anregt.

Man wird daher gut daran tun, neben Weißbrot auch Schwarzbrot zu essen. Im übrigen ist aber, wie erwähnt, das Brot vor allem Träger der Kohlenhydrate und diese lassen es sich angenehm und abwechslungsreich auch in Gestalt anderer Nahrungsmittel zuführen. Hierher gehören vor allem Kartoffeln und fast sämtliche Gemüse. Da Gemüse, richtig zubereitet, auch der Hauptvitaminträger unserer Nahrung ist, sollte sein Verzehr im Küchenzettel der Hausfrau eine weit größere Rolle spielen als bisher. Auch hier muß aus volkswirtschaftlichen Gründen empfohlen werden, vor allem heimisches Gemüse zu kaufen, das durchaus nicht schlechter und nicht teurer ist, als ausländisches, wenn man nicht gerade „Erstlinge der Saison“ auf den Tisch zu bringen strebt.

Was für das Gemüse gilt, trifft in gleichem Maße für Obstgenuß und Obstverbrauch zu. Doch ist dabei darauf hinzuweisen, daß man Obst zur Vermeidung gesundheitlicher Schädigungen stets gewaschen oder, wenn möglich, geschält verzehren muß. Schließlich sei auch der Zucker nicht vergessen, der eines unserer billigsten, heimischen Nahrungsmittel als Kohlenhydratträger darstellt und durch die Vielseitigkeit seiner Verwendbarkeit in Getränken, in Kompotten, Mehlspeisen und Süßigkeiten einen viel größeren Verbrauch seitens der Hausfrau verdient.

Wie die Kohlenhydrate, dienen auch die Fette im wesentlichen als Heizmaterial für den Körper. Kohlenhydrate und Fette können sich daher in hohem Maße gegenseitig vertreten. Da indessen das Fett in unserer Nahrung ohne Körperschädigung nie ganz fehlen darf, sei hier gesagt, daß wir im Durchschnitt 20 bis 70 Gramm Fett pro Tag, gleichviel in welcher Form, zu uns nehmen müssen. An Fett stehen der Hausfrau Butter, Schmalz, Margarine, Pflanzenfett und Öl zur Verfügung, wobei zu betonen ist, daß gute Margarine in ihrem Fettgehalt durchaus der Butter ebenbürtig ist. Der Fettgehalt läßt uns auch den Käse für Ernährungszwecke besonders schätzen. Hier wechselt der Gehalt: Schweizer, Emmentaler, Tilsiter sind reicher an Fett als z. B. Harzer oder Quark aus Magermilch. Daß die Milch ein besonders hochwertiges Nahrungsmittel ist, das sämtliche Nährstoffe enthält, ist bekannt. Sowohl ihr Eiweiß- wie ihr Fettgehalt, außerdem aber auch ihr Reichum an Vitaminen und Salzen, stempen sie dazu. Wichtig vom Standpunkte des Arztes ist es, auf die Gefahren beim Genuß roher Milch, besonders auf die Ansteckung mit Tuberkulose, hinzuweisen und im allgemeinen den Genuß abgekochter Milch zu empfehlen.

Der größten Wertschätzung erfreut sich, besonders in der heutigen Zeit, das Fleisch als Nahrungsmittel. Es ist zweifellos einer unserer wichtigsten Eiweißspender, aber zunächst nur einer. Es ist verhältnismäßig teuer und belastet nicht nur unseren Geldbeutel, sondern auch den Stoffwechsel, insbesondere mit überschüssiger Säure. Auf der anderen Seite muß zugegeben werden, daß der Sättigungswert des Fleisches groß ist und daß es sich durch seine rasche und bequeme Zubereitungsmöglichkeit ebenso wie durch seinen guten Geschmack seinen Platz in der Küche erobert hat. Um den Fleischgenuß tobt bekanntlich auch heute noch der Streit der Meinungen. Soweit der Arzt dazu Stellung nehmen kann, muß mindestens einer Einschränkung resp. einem Ersatz durch andere Eiweißträger das Wort geredet werden. Hierher gehört vor allem der Fisch, insbesondere der Seefisch, dann aber auch Milch und Eier.

Auch in Fragen der Ernährung kommt es vor allem auf die richtige Mischung an. Die Kochkunst ist wirklich eine Kunst, und je mehr sie sich von der Mechanisierung unseres Zeitalters abwendet und eine persönliche, hausfrauliche Note annimmt, um so mehr wird sie dienen können der Gesundheit, der Volkswirtschaft und — dem Geldbeutel.

Dr. Curt R a y s e r.

Zigarettenbranche



Reichskonferenz der Zigarettenarbeiter

Im Leipziger Volkshaus tagte am 14. Juni 1930 eine von allen in Betracht kommenden Orten besetzte Reichskonferenz der Zigarettenarbeiter. Kollege Wenzel (Bremen) begrüßte zunächst die erschienenen Verbandsdelegierten und Gäste, zu welchen auch die Vertreter der Vorstände des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des Buchbinder-Verbandes und des Gesamtverbandes (Verkehrsbund) zählten und gab einen kurzen Überblick über das Aufgabengebiet der Konferenz. Das Büro wurde besetzt durch die Kollegen Wenzel (Bremen) und Carstedt (Hamburg) als Vorsitzende, sowie Lechler (München) und Kollegin Haunstein (Dresden) als Schriftführer. Das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung „Nationalisierung, Konzentration und Kontingentierung in der deutschen Zigarettenindustrie“ erstattete Kollege Wenzel (Bremen).

Ausgehend von der seitens der Interessenten heftig umstrittenen Maiverordnung des Jahres 1927 zur Sicherung des Steueraufkommens, gab er einen umfassenden Rückblick über die seit dieser Zeit erfolgten weiteren Steuermaßnahmen und deren Auswirkungen auf die Struktur und den Arbeitsmarkt in der Zigarettenindustrie Deutschlands. Der rücksichtslose Konkurrenzkampf in der Zigarettenindustrie fand seine Fortsetzung auch nach der Verordnung vom 21. Mai 1927, die eine Höchstgrenze des Händlerzugens und eine Beschränkung der Reklamekosten vorgesehen hatte. Am meisten liefen gegen diese Verordnung die kleinen und mittleren Fabrikanten und der Handel Sturm, obgleich gerade zum Schutze der Klein- und Mittelbetriebe diese Verordnung geschaffen war. Dazu kam, daß eine Reihe von Außenleitern, besonders solche Betriebe, die vorwiegend mit ausländischem Kapital arbeiten, die Verordnung dadurch umgehen konnten, daß sie ihre Banderolensteuerbeträge bar bezahlten. Der fortgesetzte Kampf gegen die Maiverordnung führte dann dazu, daß im Reichsfinanzministerium eine Vorlage ausgearbeitet wurde, die eine Verkürzung der Zahlungsfristen für die Zigarettenbänderole vorsah. Bei den Verhandlungen im Januar 1928 vor den Ausschüssen des Reichswirtschaftsrats über diesen Gesetzesentwurf konnte man dann erleben, daß jede Gruppe der Industrie und jede Gruppe des Handels nur Eigeninteressen verfolgte. Der Reichstag beschloß darauf, mit Wirkung vom 1. April 1928 an die Verringerung des § 12 des Tabaksteuergesetzes, nach welchem die Zahlungsfristen für die inkommodierten Steuerzeichen von bis dahin 3 Monate 18 Tage auf 2 Monate 3 Tage, also um 6 Wochen, verkürzt wurden. Ein rapider Rückgang der Zahl der Klein- und Mittelbetriebe war die Folge, und die beiden großen Konzerngruppen Reemtsma und Haus Neuerburg konnten bereits zu Beginn des Jahres 1929 mehr als 80 Prozent der gesamten deutschen Produktion an sich ziehen.

Noch nie ist eine Tabaksteuervorlage in einer solch überraschend kurzen Zeit zur Verabschiedung gekommen, wie dies bei der Verringerung des Tabaksteuergesetzes vom 22. Dezember 1929 der Fall war, die außer der Erhöhung der Banderolenätze und der Materialsteuer für Zigaretten auch Erhöhungen der Banderolensteuer für Rauchtobak aller Arten brachte, wodurch wenigstens eine die Arbeiterschaft schädigende Vorverlegung unterbunden wurde. Wir haben bei den Verhandlungen, die kurz vor Erlass des Gesetzes im Reichstag stattfanden, die Forderung unserer Konferenz vom 15. 12. 29 mit Nachdruck vertreten, die Zigarettenindustrie zu monopolisieren. Dieses Bestreben scheiterte jedoch am Widerstand der bürgerlichen Parteien. Aber auch der Antrag der Industrie, die Kontingentierung auf fünf Jahre festzusetzen, wurde abgelehnt und diese auf die Dauer von 14 Jahren beschränkt. Es war uns unter schwierigen Verhandlungen möglich, eine Bestimmung in das Gesetz zu bringen, wonach die durch diese Steuermaßnahmen verdienstgeschädigten Tabakarbeiter eine Unterstützung in Höhe von 75 Prozent des Verdienstausfalles auf die Dauer von 26 Wochen erhalten.

Mit reichem Zahlenmaterial wies der Referent nach, daß durch die Erhöhung der Banderolensteuer für Zigaretten von 30 Prozent auf 33 Prozent des Kleinverkaufspreises, zusammen mit der Erhöhung der Materialsteuer von 4 auf 5 Mark pro Kilogramm Rohstoff für die Industrie eine Mehrbelastung von 85 bis 95 Millionen Mark eingetreten ist. Dazu kommt noch die eingetretene Verkürzung der Zahlungsfristen für die Materialsteuer von sechs auf drei Monate, die einen weiteren Kapitalsentzug der Industrie von 45 bis 50 Millionen Mark bedeutet. Mit dem Zugeständnis des Kontingentierungsschutzes an die Industrie ward andererseits dieser die Beschränkung auferlegt, daß die Mehrbelastung eine Herabsetzung des Händlerzugens und eine Erhöhung der Kleinverkaufspreise nicht zur Folge haben dürfe. Durch eine Preis-

erhöhung wäre unzweifelhaft ein für die Arbeiterschaft schwer fühlbarer Rückgang des Konsums eingetreten. Mit rund 50 % des Kleinverkaufspreises ist die Zigarette an reinen Abgaben belastet, Händlerzug und Reklamekosten dabei nicht inbegriffen. Rund eine Milliarde Mark hat die Tabakindustrie durch Steuern und Zölle im Jahre 1929 aufbringen müssen, davon über 70 Prozent die Zigarettenindustrie. Der Referent wies in diesem Zusammenhange auf vielfach verbreitete und durch die bürgerliche Presse vertretene irrtümliche Auffassungen hin, als ob die Industrie mit Leichtigkeit auf die Dauer in der Lage wäre, ohne Preiserhöhung noch weitere Steuerbelastungen ertragen zu können. Diese Meinung kann sich verhängnisvoll für die Arbeiterschaft der Zigarettenindustrie auswirken, da jede Ueberbelastung zwangsläufig dazu führen muß, daß die Industrie ihre Herstellungskosten durch weitere Rationalisierung und Zusammenlegung der Produktion zu senken versuchen wird. Noch mehr Betriebe als bisher würden dann geschlossen werden und die Zahl der Beschäftigten in der Industrie würde noch weitaus rapider zurückgehen. Denn jede Steuermäßnahme hat erfahrungsgemäß diese Erscheinungen gezeitigt. Der Widerstand der Industrie gegen eine etwa beabsichtigte neuerliche Belastung findet deshalb unsere Unterstützung.

In den Kreisen der Händler ist die Meinung im Umlauf, daß am 1. Juli eine weitere Steuererhöhung für Zigaretten vorgeesehen sei und eine Preiserhöhung eintrete. Es kann gar nicht im Interesse der Industrie liegen, das Bestreben der Händler auf Vorverlegung zu bestreben, da sie von der Verkürzung der Zahlungsfristen nicht betroffen werden, sondern nur die Industrie. Die Zigarettenarbeiter müssen daher jede für sie schädliche Vorverlegung zu unterbinden versuchen, indem sie nach Möglichkeit die Leistung von Ueberarbeit verweigern.

Unsere Stellungnahme zur Kontingentierung der Produktion ist entschieden ablehnend. Wir fordern an deren Stelle die Schaffung eines Staatsmonopols für die Zigarettenindustrie. Konnte man früher die Notwendigkeit der Kontingentierung zur Erhaltung der Klein- und Mittelbetriebe noch bejahen, so sind heute die Voraussetzungen dazu nicht mehr gegeben, da heute die Kontingentierung nur die Sicherung des Privatmonopols der Konzerne bedeutet. Führen die Unternehmer zur Begründung der Notwendigkeit des Kontingents auch ins Feld, daß es zum Schutze gegen die wilde Konkurrenz im inneren Wettbewerb geschaffen sei und das Eindringen des englisch-amerikanischen Tabaktrustes, der einen großen Betrieb in Hamburg errichtet und sein Aktienkapital um 120 Millionen Mark erhöht hat, verhindern soll, so vertreten wir die Auffassung, daß das Kontingent das Eindringen des ausländischen Kapitals nicht zu verhindern vermag, da derzeit schon erhebliches ausländisches Kapital in der deutschen Zigarettenindustrie investiert ist. Es gibt keine nationale Grenze des Kapitals. Auch die Beschränkung der Verordnung hinsichtlich des Verkaufs des Kontingents bietet nicht die ausreichende Sicherheit vor Ueberforderung und vor Betriebsstillegungen, da sich der Schutz nicht auf Betriebe desselben Unternehmens erstreckt. Das hat die letzte große Stilllegung in Breslau erwiesen.

Das Kontingent wird sich gegen das Interesse der Arbeiterschaft auswirken. Da die Unternehmer nur solche Betriebe aufrechterhalten, die nach ihrer Wirtschaftsauffassung tragbar sind, sinkt die Zahl der Betriebe durch rasches Zusammenziehen der Produktion auf einzelne Großbetriebe rapid. Von den Ende 1929 noch gezählten 66 Betrieben sind mittlerweile wieder einige stillgelegt worden, und weitere werden noch folgen. Ein Untertommen der entlassenen Arbeiter in der Industrie ist unmöglich. Die Technisierung in den Betrieben macht immer raschere Fortschritte und ist noch längst nicht abgeschlossen. Neue Höchstleistungsmaschinen im Tabak und in der Paderei verdrängen in diesen einstmals ausschließlich mit Handarbeit betriebenen Abteilungen den größten Teil der dort beschäftigten Arbeitskräfte. Die Intensität der Arbeitsleistung der in den Betrieben noch Beschäftigten wird aufs äußerste angepannt. Die Lohn- und Tarifbewegungen sind durch diese vor sich gehende Machtverschiebung zugunsten der privatmonopolistischen Unternehmungen wesentlich schwerer durchzuführen. Wir treten nach wie vor für die Schaffung eines Staatsmonopols für die Zigarettenindustrie ein, denn nur dadurch wird eine Stabilität des Arbeitsmarktes, eine bessere Sicherung der Interessen der Arbeiterschaft und die Sicherung des Steueraufkommens aus der Zigarettenindustrie gewährleistet sein.

In der Aussprache über die mit allgemeiner Zustimmung aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Wenzel beschäftigten sich die Diskussionsredner im wesentlichen mit den betriebstechnischen Änderungen und deren Auswirkungen für die betroffene Arbeiterschaft. Insbesondere

here wurde bemerkt, daß nunmehr in den größeren Betrieben dazu übergegangen wird, auch die schwer lösbaren Tabake mit der Maschine zu lösen. Kollege K i e l (Bremen) gab sodann das einleitende Referat zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Stellungnahme zum Hauptvertrag und zur Frage des Reichslohntarifvertrages“.

Er betonte, daß bei Erörterung dieser wichtigen Fragen zunächst überprüft werden müsse, ob die Zeitverhältnisse es erfordern, den Hauptvertrag zu kündigen bzw. Abänderungsanträge zu diesem zu stellen. Der Referent verwies auf die Beschlüsse des Bundesausschusses, nach welchem die Gewerkschaften gehalten sind, dann, wenn die Möglichkeit vorliegt, bei Vertragskündigungen und Verhandlungen eine Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern und anzustreben. Soweit die Arbeitszeit in der Zigarettenindustrie in Frage kommt, müsse gesagt werden, daß eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit dringend erforderlich ist. Die hochentwickelte Maschinenteknik und Organisationsänderung der Betriebe ermöglichen es, daß bei weitaus kürzerer Arbeitszeit die Produktion bewältigt werden kann. Schon aus Gründen der Sicherheit und der Besserung der Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiter in der Industrie ist das erforderlich. Die entscheidende Frage für uns als Zigarettenarbeiter ist und bleibt, daß mit einer Verkürzung der Arbeitszeit ein gleichzeitiger Lohnausgleich für die entfallenden Arbeitsstunden eintreten muß. In kritischer umfangreicher Untersuchung, die mit Zahlen reich belegt war, über die Voraussetzungen zur Schaffung eines Reichslohntarifvertrages kam der Referent zu dem zusammengefaßten Ergebnis, daß auch in dieser Frage trotz aller noch vorhandener Schwierigkeiten der ernsthafte Versuch unternommen werden soll, mit den Unternehmern in Verhandlungen zu treten, um die dazu notwendigen Grundlagen zu schaffen.

Nach der überaus lebhaften Aussprache, an der sich auch die geladenen Vertreter der anderen Verbände beteiligten, beschloß die Konferenz, an den Reichsarbeitgeberverband der Zigarettenindustrie die Forderung zu richten, die bestehende Arbeitszeit zu verkürzen. Des weiteren soll an die Unternehmer herangetreten werden, um in Verhandlungen über die Grundlagen eines zu schaffenden Reichslohntarifvertrages zu kommen. Eine Anzahl anderer Anträge zum Hauptvertrag wurde durch Beschluß der Konferenz den am Hauptvertrag beteiligten Zentralvorständen überwiesen.

In seinem Schlußwort, in welchem er das Ergebnis der Konferenz zusammenfaßte, gab Kollege C a r s t e d t (Hamburg) der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiten des Vorstandes und der Konferenz von recht gutem Erfolg für die Zigarettenarbeiterschaft sein mögen.

Tabaksteuerpläne?

Herr Moltenhauer hat sein Amt als Reichsfinanzminister niedergelegt und Reichskanzler Brüning bemüht sich — bis zur Stunde vergeblich —, einen Nachfolger für ihn zu finden. Zwischendurch schwirren wieder alle möglichen und unmöglichen Tabaksteuerpläne durch die Luft, wobei sich immer mehr der Eindruck verstärkt, daß die Finanzfachverständigen, wenn sie irgendwo auf Widerstand stoßen, auf den Tabak zurückkommen, der nach ihrer Meinung eine unererschöpfliche Steuerquelle zu sein scheint.

Wir sehen im Augenblick davon ab, Einzelheiten zu registrieren, da noch keiner der Pläne greifbare Gestalt angenommen hat. Den maßgebenden Stellen möchten wir jedoch sagen, daß nun endlich mit der Mehrbelastung des Tabaks einmal Schluß gemacht werden muß; denn allzu straff gespannt zerpringt der Bogen. Schließlich können auch die Tabakarbeiter und die anderen Angehörigen des Tabakgewerbes verlangen, daß ihre Existenz nicht dauernd durch Mehrbelastungen des Tabaks untergraben wird.

Vorläufiger Kampfabschluß in Holland

Durch das mehr als merkwürdige Verhalten der konfessionellen Gewerkschaften hat der Kampf der holländischen Tabakarbeiter einen wenig befriedigenden Abschluß gefunden. Die Dinge stehen jetzt so, daß sechs Tage Ferien gegeben werden sollen. Ferner sollen die sechs christlichen Wochenfeiertage bezahlt werden. Vom 1. Oktober dieses Jahres an müssen die Unternehmer 1 v. H. des verdienten Wochenlohnes für eine zu gründende Pensionskasse abgeben. Die Bestimmungen über die Pensionsrechte der Arbeiter werden später festgesetzt. Im übrigen sollen einige Schlichter, die sich des Bestandes von Bücherrevisoren bedienen können, prüfen, ob die Betriebe Lohn erhöhungen tragen können, ohne berechtigt zu sein, bei einem günstigen Ergebnis die Höhe der Lohnsteigerung festzusetzen. Das Ergebnis der Untersuchung, für die zehn Fabriken vorge- merkt sind, soll bis zum 1. Oktober dieses Jahres vorliegen.

Fünfter ordentlicher Verbandstag des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz

Am 14., 15. und 16. Juni fand im Volkshaus in Bern der 5. Verbandstag des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz statt, in dem auch die Tabakarbeiter organisiert sind. Den Deutschen Tabakarbeiter-Verband vertrat dessen Vorsitzender Koll. Fusung. Aus dem vorliegenden Geschäftsbericht für die Jahre 1927—1929 geht hervor, daß der Verband in der Berichtsperiode erfolgreich tätig war. Der Mitgliederbestand des Verbandes, der am 1. Januar 1927 11 824 Mitglieder betrug, ist bis zum 1. Januar 1930 um 2143 auf 13 967 Mitglieder gestiegen. (Die Zahl der organisierten Tabakarbeiter betrug am 1. Januar 1927 1234, am 1. Januar 1930 dagegen 1406. Die Zunahme beträgt demnach 172.) Die Mitgliederbewegung ist indessen in den verschiedenen Berufsgruppen nicht einheitlich. Insbesondere ist in der Gruppe der in den Metzgereien beschäftigten Arbeiter die Zahl der Organisierten, die am 1. Januar 1927 1032 betrug, auf 538 am 1. Januar 1930 zurückgegangen. Dieser Mitgliederverlust ist auf das unverantwortliche Treiben der kommunistischen Partei zurückzuführen, die im Jahre 1928 die kommunistische S.T.U. Union gründete und den Bruderzwist in die schweizerische Gewerkschaftsbewegung trug. Der Verbandsleitung gelang es jedoch, durch geschicktes Handeln ein Umsichgreifen dieser Bewegung zu verhindern. Nur aus der Sektion Basel traten rund 800 Mitglieder aus, die sich aber kaum zur Hälfte der kommunistischen Union anschlossen.

Das Totalvermögen des Verbandes ohne Krankenkasse und Genossenschaft betrug am Ende des Jahres 1926 442 868,54 Fr. und stieg bis zum Ende des Jahres 1929 um 324 149,90 Fr. auf 767 018,44 Fr.

Auch auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hatte der Verband zufriedenstellende Erfolge zu verzeichnen. An Angriffs- und Abwehrbewegungen wurden in der Berichtsperiode insgesamt 314 geführt. 306 Bewegungen konnten ohne Arbeitseinstellung beendet werden; bei 6 Bewegungen kam es zum Streik, an welchen 522 Personen beteiligt waren; und in 2 Fällen sperren die Arbeitgeber 73 Personen aus. Von den geführten Bewegungen wurden beendet mit vollem Erfolge 123, mit teilweisem Erfolge 124 und ohne Erfolg 22 Bewegungen. Bei den restlichen 45 Bewegungen handelt es sich um solche, die im Jahre der Einleitung nicht beendet werden konnten und erst im nächsten Jahr zum Abschluß gebracht werden. Das Ergebnis der in den Jahren 1927—1929 geführten Bewegungen ist, daß für 4729 Arbeiter eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung um insgesamt 15 908 Stunden; und für 10 775 Arbeiter eine Lohnerhöhung von insgesamt 34 866 Fr. pro Woche erreicht wurde. Außerdem wurde für 10 878 Arbeiter eine Verlängerung der Ferien um 70 877 Tage pro Jahr erreicht. Lohnreduzierungen in Höhe von 273 Fr. pro Woche mußten für 184 Arbeiter in Kauf genommen werden. Eine Ferienverkürzung von insgesamt 30 Tagen im Jahre trat für 10 Arbeiter ein. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes wurde einmütig gutgeheißen.

Den größten Raum in den Beratungen des Verbandstages nahmen die zum Verbandsstatut gestellten Abänderungsanträge ein. Durch Beschluß des Verbandstages wurden die Musiker und anfassigen Artisten von dem Rekrutierungsgebiet des Verbandes ausgeschlossen. Ein gleichlautender Antrag für die Hotel- und Gastwirtsangestellten wurde durch eine Resolution erledigt, in welcher ausgesprochen wird, daß die Verbandsleitung, die Landeszentrale und der Präsident der internationalen Union der Hotel- und Gastwirtsangestellten prüfen sollen, ob es sich empfiehlt, für diese Gruppe eine eigene Landesorganisation zu gründen. Bezüglich der Beitragsleistung wurde beschlossen, eine neue Beitragsklasse mit einem wöchentlichen Beitrag von 1,50 Fr. einzuführen. Diesen Beitrag sollen solche Mitglieder leisten, deren Wochenverdienst mehr als 90 Fr. beträgt. In den Beitragsklassen 4 und 5 wurde eine andere Staffellung des Wochenverdienstes beschlossen. Die Unterstützung bei Streik, Aussperrung und Maßregelung wurde neu geregelt und den Verdiensten in den einzelnen Beitragsklassen angepaßt.

Eine lebhaft ausgeführte Aussprache setzte ein bei der Beratung eines Antrages, der verlangt, daß Sektionen des Verbandes nur solchen Gewerkschaftskartellen respekt. Arbeiterunionen usw. als Mitglieder beitreten respekt. angehören können, die dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angehören. Der Zweck des Antrages war, daß Sektionen des Verbandes, die anderen als den angeführten Gewerkschaftskartellen oder Arbeiterunionen

beitreten, sich damit außerhalb des Verbandes stellen und ihre Mitgliedschaft im Verbandsverband verlieren. Dieser Antrag, der mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, will den kommunistischen Umtrieben im Verbandsverband ein für allemal ein Ende bereiten. In der gleichen Richtung bewegte sich ein Antrag, der ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen wurde und besagt, daß jedes Mitglied Abonnent einer schweizerischen Arbeiterzeitung sein soll, welche mit den Zielen und Bestrebungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes einig geht. Bei der Beratung dieses Antrages wurde ein Artikel einer kommunistischen Zeitung verlesen, in welcher die Verbandsleitung als Sozialfaschisten, Streikbrecher, Lumpen usw. bezeichnet wurde. In namentlicher Abstimmung rückten alle Delegierten von diesem Artikel ab. Selbst die anwesenden kommunistischen Delegierten erklärten, daß der Artikel nicht von ihnen gebilligt würde und sie die in demselben erhobenen Vorwürfe gegen die Verbandsleitung sich nicht zu eigen machen könnten. Nachdem noch einige kleinere und redaktionelle Änderungen des Verbandsstatuts vorgenommen, wurde beschlossen, dasselbe am 1. Juli 1930 in Kraft zu setzen.

Die zum Statut der Arbeitslosenkasse gestellten Anträge, die zum größten Teil durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen bedingt waren, wurden ohne wesentliche Debatte angenommen. Die zum Statut der Hilfskasse des Verbandes gestellten Anträge, die eine Erhöhung der Wöchnerinnenunterstützung, eine andere Regelung der Rechtschutzunterstützung forderten, wurden zweckentsprechend umgestaltet und angenommen. Neu beschlossen wurde, daß Mitglieder, die eine Mitgliedschaftsdauer von mindestens 20 Jahren haben, eine einmalige Abfindungssumme erhalten sollen, wenn sie dauernd invalid sind oder das 65. Lebensjahr überschritten haben. Auch in Todesfällen soll die gleiche Abfindung an die Hinterbliebenen gezahlt werden, wenn sie innerhalb der Dauer von 6 Monaten Anspruch darauf erheben. Beschlissen wurde ferner, daß die Mitglieder der Beschwerdekommision nicht mehr wie bisher auf einen Ort, sondern auf 3 Orte verteilt werden.

Der Verbandstag nahm dann noch einige Anträge des erweiterten Zentralvorstandes an. In einem wurde Stellung genommen zur Akkordarbeit und zum Provisionsystem in den Konsumgenossenschaften und u. a. gefordert, daß, soweit Akkordarbeit nicht zu umgehen ist, den Akkordarbeitern die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie den im Zeitlohn arbeitenden Angestellten oder Arbeitern zu garantieren sind; die Akkordpreise, in sogenannten Akkordtarifen, zwischen den Vertragskontrahenten vereinbart werden müssen und die Vergütung von Akkordarbeit an Unterakkordenten nicht zulässig ist. Die Verbandsleitung wird verpflichtet, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die Verwirklichung der in der Entschliekung niedergelegten Forderungen anzustreben. Ein zweiter Antrag beschäftigte sich mit der Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien und Konditoreien. In demselben wird zunächst mit Bedauern festgestellt, daß sich die gesetzgebenden Behörden geweigert haben, das Internationale Übereinkommen betr. Abschaffung der Nachtarbeit in Bäckereien und Konditoreien zu ratifizieren. Geführte Verhandlungen haben ergeben, daß die schweizerischen Bäckermeister den 2-Uhr- resp. 3-Uhr-Beginn fordern und dazu noch Ausnahmen vom allgemeinen Verbot für alle Bäckereien in Saisonorten, in großen Städten und für Bäckereien mit Lieferung an Hotels verlangen. Falls die reaktionären Forderungen des Schweizerischen Bäckerverbandes bei den gesetzgebenden Behörden Unterstützung finden sollten, stellt der Verbandstag fest, daß die Arbeiterchaft an einem Gesetz, in dem von einem Verbot der Nachtarbeit nichts übrig bleibt, kein Interesse mehr hat. Der Verband wird in diesem Falle die Gesamtarbeiterschaft ersuchen, gegen eine derartige Vergewaltigung der Bäckerarbeiters Stellung zu nehmen.

Ein dritter Antrag beschäftigte sich mit dem verbandschädigenden Verhalten von Mitgliedern der kommunistischen Partei. Wir bringen diesen Antrag im Wortlaut, weil die in der Schweiz geführte Abwehr auch für die deutschen Gewerkschafter von Interesse ist. Der mit überwältigender Mehrheit angenommene Antrag lautet:

Der 5. ordentliche Verbandstag vom 14., 15. und 16. Juni 1930 in Bern bestätigt die Beschlüsse des Außerordentlichen Verbandstages vom 2. Juni 1928 und stellt fest:

1. daß die Beschlüsse der kommunistischen Partei auf der Pfingsttagung im Mai 1929 und am Parteitag vom Juni 1930 von jedem Mitglied die Durchbrechung der Gewerkschaftslegalität verlangen, d. h. die Mißachtung der Verbandsstatuten und die Beschlüsse der Gewerkschaftsinstanzen. Sie verlangen die systematische Bekämpfung der rechtmäßig gewählten Verbandsfunktionäre und Vertrauensleute, die nicht der kommunistischen Partei angehören. Die erwähnten Beschlüsse verlangen ferner die Durchführung von ihrem Wesen nach gewerkschaft-

lichen Kämpfen mit Unorganisierten und unter Leitung der kommunistischen Partei. Das offen zugegebene Ziel dieser Taktik ist die Zerrüttung des „reformistischen Gewerkschaftsapparates“ und die „Verjagung der Gewerkschaftsfunktionäre“.

2. daß die kommunistische Partei ihre Mitglieder zur Anwendung vorstehender Taktik verpflichtet und sie demgemäß zu einem verbandschädigenden, ja die Interessen des Verbandes und der organisierten Arbeiterchaft verrätenden Tätigkeit zwingt und beschließt: daß die Befolgung von Weisungen der kommunistischen Partei in gewerkschaftlichen Angelegenheiten mit der Mitgliedschaft im B.S.L. unvereinbar ist. Aus diesen Gründen ist die Bekleidung eines Vertrauenspostens innerhalb des B.S.L. durch Mitglieder der kommunistischen Partei nur dann zulässig, wenn sich diese unterschriftlich verpflichten, von der kommunistischen Partei keinerlei Aufträge und Befehle in gewerkschaftlichen Angelegenheiten entgegenzunehmen.

Die Sektionen erhalten Auftrag, alle Mitglieder, welche der kommunistischen Partei angehören und in unserem Verbandsverband einen Vertrauensposten bekleiden, bis längstens den 15. Juli 1930 den nachfolgend beschlossenen Verpflichtungsschein unterzeichnen zu lassen. Die unterzeichneten Scheine sind innerhalb dieser Frist an das Zentralkomitee resp. Zentralsekretariat einzufenden. Wer sich weigert oder es unterläßt, einen ihm zugestellten Verpflichtungsschein zu unterschreiben, hat seine Funktion im Verband einzustellen und kann nicht mehr für einen Vertrauensposten gewählt werden.

Verpflichtung

Der Unterzeichnete erklärt hiermit, daß er den Statuten und den Beschlüssen der Organe des B.S.L. in allen Fällen nachlebt. Er verpflichtet sich, in Gewerkschaftsangelegenheiten keinerlei Weisungen und Befehle politischer Parteien entgegenzunehmen oder auszuführen.

Der Verbandstag der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz hat gute Arbeit geleistet. Das Streben des Verbandstages war darauf gerichtet, den Verband nach innen und außen zu stärken und die Vorbedingungen zu schaffen zu einer erfolgreichen Interessenvertretung seiner Mitglieder. Wir wünschen, daß die gefaßten Beschlüsse sich zum Wohle des Verbandes und seiner Mitglieder auswirken.

Bekanntmachungen

Am 28. Juni ist der 26. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 11. Juni. Hamburg 600.—
 - 14. Hohenhausen 250.—, Lauffen 250.—, Pirna 50.—, Ulm 100.—
 - 15. Trier 239.30, Baden-Baden 500.—
 - 16. Bamberg 100.—, Danzig 151.—, Dresden 3000.—, Kofstod 200.—, Spradow 300.—, Schöned 550.—, Regensburg 400.—, Wanfried 400.—
 - 18. Heilbronn 1200.—, Kaiserslautern 300.—, Heidelberg 1000.—, Hamburg 5000.—, Schönberg 150.—
 - 19. Hamburg 400.—, Herford 250.—
 - 20. Wanfried 400.—, Berlin 4000.—, Wintersdorf 600.—
- Bremen, den 24. Juni 1930. **Joh. Krohn.**

Gesucht wird:

Ein Zigarrenarbeiter, der sich selbst Widel machen kann. Nachfragen bei Gottlieb Ostertag, Altona-Elbe, Langenfelder Straße 43 II, r.

Berichtigung

Im Leitartikel der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ muß es in der zweiten Spalte 22. Zeile 45 Millionen Mark anstatt 45 Mark heißen.

Meinem lieben Manne, dem
Zigarren-Arbeiter

Unserm lieben, langjährigen
Kollegen

August Schöpke

Ludwig Lowin

aus Rawitsch zu seinem am 1. Juli stattfindenden 40-jährigen Verbands-jubiläum die besten Glückwünsche.

und seiner Frau zu ihrer am 30. Juni stattfindenden silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Seine Frau und Kinder
Teuchern, Bezirk Halle

Die Kolleginnen und Kollegen
der Zahlstelle Halle a. S.



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kiilo graue, geschlissene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiße 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlissene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M, Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Preise und Löhne

Die Gewerkschaften sind wieder einmal einem konzentrischen Ansturm von bürgerlicher Seite ausgesetzt. Die Unternehmer haben auf der ganzen Front den Kampf um den Lohnabbau aufgenommen. Ideologisch wird dieser Vorstoß damit begründet, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften daran schuld trage, daß sich der zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise notwendige Abbau der Preise nicht in genügendem Maße vollzieht. Nun kann man den Gewerkschaften wirklich nicht Unmäßigkeit in ihren Lohnpolitischen Forderungen vorwerfen. Es ist im Gegenteil geradezu bewunderungswürdig, mit welcher Disziplin sie sich in ihren Lohnforderungen von dem Augenblick an zurückgehalten haben, als die Verschlechterung der Konjunktur sichtbar wurde. Während des ganzen Jahres 1929 wurden keine nennenswerten Angriffskämpfe um wesentliche Lohnerhöhungen geführt, und im laufenden Jahr erklärten sich die Gewerkschaften fast durchweg mit einer unveränderten Aufrechterhaltung der Tariflöhne einverstanden, soweit sie nicht zur Abwehr von Lohnsenkungsbestrebungen der Unternehmer gezwungen wurden.

Diese Zurückhaltung ist um so anerkannterwert, als ihr ein allmähliches Abbröckeln der übertariflichen Löhne parallel ging. Im Jahre 1929, einem Jahr, das zwar schon in der Depression lag, aber noch keine ausgesprochenen Krisenerscheinungen zeigte, sind zwar die Tariflöhne im Durchschnitt noch um etwas mehr als 3 Prozent gestiegen, aber diese minimale sichtbare Lohnsteigerung wurde zweifellos mehr als aufgewogen durch die von der Statistik nicht erfaßte Senkung der übertariflichen Löhne.

Aber die Unternehmer geben sich mit dieser Mäßigung der Gewerkschaften noch nicht zufrieden. Sie arbeiten im Bund mit der Bürgerblockregierung auf direkte Lohnsenkungen hin und stellen es schon als ein Opfer hin, wenn sie die Lohnsenkungen zur Voraussetzung von Preisenkungen machen. Und diese Idee der Verkoppelung von Lohnsenkungen und Preisenkungen wurde bekanntlich vom Schlichter in der nordwestlichen Eisenindustrie aufgegriffen und zur Grundlage seines Schiedspruches gemacht. Wenn es sich dabei offiziell auch nur um die Freigabe von übertariflichen Löhnen von ihren bisherigen Bindungen (Severing-Klausel) handelt, so ist doch zu befürchten, daß diese Politik bald Schule machen und von den staatlichen Schlichtungsinstanzen auch auf Tariflöhne übertragen werden wird. Deshalb muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die jetzt modern gewordene Methode der Verkoppelung von Preisenkungen mit Lohnsenkungen in einzelnen Industriezweigen durch nichts gerechtfertigt ist. Der Nachweis dafür kann sowohl theoretisch wie historisch geliefert werden.

Theoretisch liegen die Zusammenhänge folgendermaßen: Die Löhne sind ein Unkostenfaktor der Produktion, gewiß, und die

Unternehmer argumentieren damit, daß sie die Preise nur senken können, wenn die Unkosten sinken. Aber schon darin liegt ein Fehlschluß. Die allermeisten Preise sind heute irgendwie monopolistisch gebunden. Das bedeutet, daß der enge Zusammenhang zwischen Unkosten und Preisen, wie er in der freien Konkurrenzwirtschaft besteht, gelockert ist. Monopole vermögen die Preise weit über die Produktionskosten zu erhöhen. Stockt der Absatz infolge überhöhter Preise oder allgemein ungünstiger Wirtschaftslage, dann können Preisenkungen überall dort ohne vorausgegangene Unkostensenkungen vorgenommen werden, wo monopolistische Preisüberhöhungen vorlagen. Preisenkungen haben in solchen Fällen im allgemeinen nur den Verzicht auf monopolistische Sondergewinne zur Folge. Es mag freilich sein, daß einzelne einem Kartell angehörende Betriebe auch bei den überhöhten Preisen nur gerade mit dem üblichen Gewinn gearbeitet haben. Solche Grenzbetriebe würden also dem Preisabbau zum Opfer fallen. Aber berücksichtigt man, daß das Mitschleppen solcher Betriebe durch überhöhte Monopolpreise den Wirkungsgrad der Volkswirtschaft herabdrückt, so wird man ihr Erliegen nicht für einen Nachteil, sondern für einen Vorteil halten müssen, wenn er auch mit schweren Opfern für die betroffene Arbeiterschaft erkauft ist.

Aber auch dort, wo freie Preisbildung herrscht, müssen Preisenkungen keineswegs grundsätzlich durch Lohnsenkungen bedingt werden. Der Lohn ist ja nur einer unter vielen Unkostenfaktoren, häufig nur ein verhältnismäßig unbedeutender. Senkungen der Rohstoffpreise — deren Bestimmungsgründe zum großen Teil weltwirtschaftliche sind — können sich oft viel stärker in Preisenkungen auswirken als Lohnsenkungen. Und heute ist die Situation in Deutschland so, daß die Preise der wichtigsten industriellen Rohstoffe vom Weltmarkt her gesunken sind, daß aber monopolistische Preisbildungen einer Auswirkung dieser Kostensenkungen auf die Preise im Wege stehen. Statt dessen wird den Arbeitern zugemutet, daß sie die Opfer für den Preisabbau bringen sollen.

In diesem Zusammenhang muß noch erwähnt werden, daß unter Umständen ein Preisabbau auch dann möglich ist, wenn weder eine Senkung von Rohstoffpreisen noch von Löhnen vorgegangen ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Unkosten lediglich durch Rationalisierungsmaßnahmen herabgedrückt werden. Auch das ist ein häufiger Fall, dessen Auswirkungen auf die Preise in der Regel durch monopolistische Preisbindungen verhindert werden.

Es spricht aber noch ein anderes wichtiges Argument gegen die Verkoppelung von Preisenkungen und Lohnsenkungen in der Art, wie der Deynhäuserer Schiedspruch sie erzwingen will.

Harald Lang's Auferstehn

Erzählung von Anna Mosegaard

XIII

Sie ging früh zur Ruhe, da sie müde war. Sie schlief tief und fest und war dann wieder völlig hergestellt.

Dann ging sie zu Frau Lang. Es machte ihr keine Mühe, das alte, wohlbekanntes Haus zu finden. Sie mußte durch den Laden. Ein junges Mädchen von schlamligem, unfeinem Außern führte sie in die Wohnstube. Erstaunt sah sie die elegante Dame an, bot ihr nicht einmal einen Stuhl an. Aus der Küche trat eine Frau in den vierziger Jahren — in der einen Hand hielt sie „kampfbereit“ einen Kochlöffel, von dem eine weiße Soße in die Stube tropfte. Das Außere war genau wie das des jungen Mädchens, ihrer Tochter. Sie trug ausgetretene Schuhe und hatte ein großes Loch im Strumpf. In der Stube herrschte eine furchtbare Unordnung. Der ehemals so schöne, saubere Laden machte den Eindruck einer vernachlässigten Hökerlei.

„Sie wollen Frau Lang sprechen, — das bin ich!“, sagte die Frau.

„Ich möchte die alte Frau Lang sprechen!“, sagte Ragnhild, sich gewaltsam zur Ruhe zwingend.

„Da werden Sie auch was Rechtes dran haben!“, entgegnete mürrisch die Frau. „Na, wie Sie wollen, die Alte wohnt oben.“

„Wer sind Sie denn eigentlich — ich kann's ja man der Alten sagen!“

„Frau Professor Belden!“

Die Frau sperrte Mund und Augen auf.

Ragnhild lächelte. „Es ist aber besser, Sie sagen Frau Lang, Dilde sei hier.“

„Dilde? Na, von einer Dilde hat sie früher viel phantasiert, die muß sie ja mächtig in ihr Herz geschlossen haben.“

„Bitte, so führen Sie diese Dilde getrost zu ihr!“

Nun stand Ragnhild in ihrem Zimmer. Mit ohnmächtigem Zorn sah sie sich um. Ein ungemachtes, schmutziges Bett, nur die allernotwendigsten Möbel. Auf dem Tische eine Tasse ohne Henkel. In der Tasse eine braune Flüssigkeit und eine Brotkruste. In der Ecke des Zimmers eine völlig verstaubte Staffelei, darauf Harald Langs Bild — fast in Lebensgröße, von Fliegenschmutz bedeckt. Die Staffelei war mit schwarzem Flor umrahmt, an den Ecken Lannenzweige und Papierrosen befestigt. Die Hand einer liebenden Mutter mochte das Bild so geschmückt haben, nun sie nicht mehr sein Grab schmücken konnte. Und in all dieser Ungemütlichkeit saß in einem wackeligen Lehnstuhl die Gestalt einer Greisin. Ihre zitterigen Knochenhände liebten ein zerzautes Schäfchen. Ein blödes Lächeln umspielte dabei den eingefallenen Mund.

„Frau Lang!“ Ragnhild schrie es fast und drückte die welke Hand.

Der Lohn ist nicht bloß ein Unkostenfaktor, sondern der entscheidende Faktor des Volkseinkommens, d. h. der Kaufkraft für die erzeugten Waren. Wird eine Lohnsenkung erzwungen, ohne daß ihr ein Sinken des allgemeinen Preisniveaus vorausgegangen ist, dann bedeutet das ein Sinken der Massenkaukraft und damit ein schweres Störungsmoment für alle Konsumgüterindustrien, die auf Massenabsatz angewiesen sind.

Das Beispiel des Deynhausener Schiedspruches mag diesen Zusammenhang illustrieren. Es werden von ihm ungefähr 200 000 Beschäftigte betroffen. Nehmen wir an, daß sie eine Lohnneinbuße von durchschnittlich 10 Prozent erfahren, nehmen wir weiter an — und diese Annahme ist sicher nicht übertrieben —, daß der Lohnanteil an den Gestehungskosten im Durchschnitt in den vom Schiedspruch betroffenen Betrieben nur 20 Prozent ist, dann entspricht einer Lohnsenkung um 10 Prozent eine Preisfenkung um 2 Prozent. Eine solche Senkung des Eisenpreises würde sich in der Wirtschaft überhaupt so gut wie gar nicht fühlbar machen, denn sie würde sich bei den verarbeitenden Industrien nur mehr um Bruchteile eines Prozents auswirken. Eine Verminderung der Kaufkraft von 200 000 Arbeitnehmern um 10 Prozent trifft aber große Bezirke des Wirtschaftslebens, besonders im Ruhrgebiet selbst, sehr schwer. Die verschwindend geringen günstigen Wirkungen der Eisenpreissenkung werden also mehr als aufgehoben durch die ungünstigen Rückwirkungen des Lohnabbaus in der Eisenindustrie für die Gesamtwirtschaft.

Historisch kann an eine ähnliche Wirtschaftssituation erinnert werden, wie wir sie heute erleben, an die Wirtschaftskrise des Jahres 1925/1926. Im Tiefpunkt der damaligen Krise hatten wir einen ähnlichen Stand der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen wie heute, und trotzdem hatte auf der einen Seite der Preisabbau eine stärkere Wucht als heute, die Löhne aber sanken nicht, sondern unterbrachen nur für einige Zeit ihre Aufwärtsbewegung.

Einige Ziffern zum Beweis: Die Preise der industriellen Rohstoffe und Halbwaren begannen schon von Anfang des Jahres 1925 an zu gleiten. Sie sanken von 144,7 im ersten Vierteljahr 1925 bis auf 128,6 im zweiten Vierteljahr 1926, also um 11 Proz. Die Preise der industriellen Fertigwaren hinkten zwar zeitlich nach, sie erreichten ihren Höhepunkt erst im vierten Vierteljahr 1925 mit 159,4, sanken aber von da bis zum Januar 1927 auf 141,6, also noch etwas stärker als die industriellen Rohstoffe und Halbwaren. Auf der anderen Seite aber blieben die Tariflöhne der Arbeiter vom November 1925 bis August 1926 nahezu absolut stabil (auf einem durchschnittlichen Stundenlohniveau von 94,1 \mathcal{L} für gelernte und 65,9 \mathcal{L} für ungelernete Arbeiter) und setzten in dem Augenblick, als sich die ersten Anzeichen der konjunkturellen Erleichterung fühlbar machten, ihre Aufwärtsbewegung fort (Anstieg auf 94,9 bzw. 66,5 \mathcal{L} im September 1926). Eine Lohnsenkung, wenigstens soweit sie statistisch erfassbar ist, trat also überhaupt nicht ein, obwohl auch der Lebensunterhaltungsindex von der Preisfenkung erfaßt wurde: er sank von 145,0 im August 1925 bis auf 138,3 im März 1926, um dann wieder langsam zu steigen.

Dieses Beispiel lehrt: Preisfenkungen sind auch ohne vorangegangene Lohnsenkungen in der Krise sehr wohl möglich, ja

sie brauchen nicht einmal Lohnsenkungen nach sich zu ziehen. Im Gegenteil, der Gesamtwirtschaft ist die Widerstandsfähigkeit der Löhne sehr zuustatten gekommen, sie sicherte die Basis für die verhältnismäßig schnelle Ueberwindung der Krise von Mitte 1926 an.

Nun soll gewiß nicht verkannt werden, daß die damalige Situation auch Unterschiede gegenüber der heutigen aufwies: Die Preise vieler Waren waren noch von der Inflation her stark überhöht, der Wiederaufbau der Löhne nach der Inflation noch nicht ganz abgeschlossen. Die Wucht des Preissturzes läßt sich also zum Teil daraus erklären, daß ein überhöhtes Preisniveau zusammenbrach, die Widerstandsfähigkeit der Löhne zum Teil aus ihrem Tiefstand ableiten. Aber grundsätzlich ist doch der Ablauf der Ereignisse während der Krise 1925/1926 typisch: Zuerst sinken die Rohstoffpreise, ihnen folgen die Fertigwaren, und erst wenn sich der Druck der Krise stark ausgewirkt und auch zu einer Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten geführt hat, reagieren die Löhne auf die Krise durch Stillstand der Aufwärtsbewegung.

Der bisherige Verlauf der Krise 1929/1930 bestätigt diese Regel. Die industriellen Rohstoffe und Halbwaren sind seit Januar 1929 bis Mai 1930 von 134,0 auf 123,8, also um 7,6 Prozent, gesunken, die industriellen Fertigwaren hingegen seit Dezember 1928 bis Mai 1930 von 159,8 auf 151,5, also nur um 5,2 Prozent. Die Tariflöhne sind bis Mai 1929 noch verhältnismäßig stark gestiegen (bis 111,2 \mathcal{L} durchschnittlichen Stundenlohn für gelernte und 83,4 \mathcal{L} für ungelernete Arbeiter), erreichten aber erst im Dezember 1929 ihren Höhepunkt (mit 111,9 bzw. 84,0 \mathcal{L}) und blieben seither auf diesem Stand stabil. Die Lebenshaltungskosten sind zwar nach dem amtlichen Index gesunken (von 156,5 im März 1929 auf 146,7 im Mai 1930), aber je mehr sich in den letzten Jahren die Lebenslage der Arbeiterschaft dem Vorkriegsniveau wieder angenähert hat, um so unmaßgeblicher wurde der amtliche Index der Lebenshaltungskosten, der auf einer abnorm tiefen Lebenshaltung aufgebaut ist, für die tatsächliche Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Man kann ruhig behaupten, daß eine fühlbare Senkung der Lebenshaltungskosten bis jetzt noch nicht eingetreten ist. Sie wäre aber die Voraussetzung für Konzessionen der Gewerkschaften in der Frage der Lohnsenkung.

Die Fehlerhaftigkeit der Theorie, von der sich der Schlichter in Deynhaus und die Unternehmer leiten lassen, haben wir nachgewiesen. Der allgemeine Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen soll aber damit nicht bestritten werden. Er kann jedoch nur darin bestehen, daß sich die Löhne von den Schwankungen des allgemeinen Preisniveaus (und nicht einzelner Preise) nicht ganz emanzipieren können. Die Lebenshaltung und die Kaufkraft des Arbeiters hängt von seinem Reallohn und nicht von seinem Geldlohn ab. Eine wesentliche Erhöhung des Reallohns streben die Gewerkschaften in Krisenzeiten gar nicht an, eine Senkung der Reallohne aber, wie der Deynhausener Schiedspruch sie jetzt für 200 000 Arbeiter und Angestellte erzwingen will, kann den Arbeitern nicht zugemutet werden und würde auch die Ueberwindung der Krise nur erschweren.

Dr. Alfred Braunt hal

Die Greisin hob den Kopf und sah sie forschend an. Vor Schreck war ihr das Schäfchen entfallen.

„Liebe Frau Lang — ich bin's ja — die Dilde!“

Eine Weile starrte sie Ragnhild verständnislos an, dann wurden ihre Augen klar und hell — als ob ein Schleier davon abfiel. Das blöde Lächeln war nun nicht mehr so abschreckend: „Dilde, du bist's!“

„Ja, doch, Frau Lang — ich bin es! Ich freue mich ja so sehr, Sie noch einmal zu sehen.“

Die Greisin hielt schon wieder ihr Schäfchen in beiden Händen: „Sie wollen es mir nehmen, und es war doch Haralds liebstes Spielzeug!“

Da lag Ragnhild zu ihren Füßen, barg den Kopf in ihrem Schoß und weinte sich aus. All das Leid der vergangenen Jahre brach sich in einem wilden Tränenströme Bahn.

Die Greisin erschrak: „Aber Dilde, so weine doch nicht so“, bat sie mit zitternder Stimme, ihr liebkosend die Wangen streichelnd. Du darfst es ja haben, das Schäfchen, dir geb' ich's ja gerne. Du hattest ihn ja lieb und wirfst es nicht weg!“

Nun war Ragnhild ganz ruhig geworden. Auch Frau Langs Geist schien sich mehr und mehr zu lichten. „Nein, Dilde, die Freude, die Freude, daß du zu mir kommst! Ich bin ja immer so allein! Da unten die, die quälen sich nicht um die Alte. Mein Mann ist schon lange tot!“

„Wo ist Ernst?“ fragte Ragnhild.

„Ernst? — Vielleicht ist er auch schon tot. Aber weiß ich's! Aber erzähle mir doch, wie es dir ergangen ist. Du bist ganz im Schwarz — hast du Trauer?“

„Ich trug seit Haralds Tod nie wieder ein farbiges Kleid!“

„Du weißt es also, daß Harald tot ist?“ — — —

„Ja, ich weiß es!“

„Du hast ihn sehr lieb gehabt?“

„Ja, sehr!“

„Hast du dich deshalb nicht verheiratet?“

„Doch! Ich bin Witwe!“

„Hast du Kinder?“

„Ich habe einen Sohn!“

„Du hast einen Sohn? Ist er tüchtig und brav?“

„Ja, er sorgt sehr für seine Mutter!“

„Wie heißt dein Sohn?“

„Harald!“

„Harald!“ Frau Lang hob den Kopf und sah Ragnhild lächelnd an: „Dilde, wie glücklich bist du, du hast einen Sohn, der Harald heißt! Warum hast du deinen Sohn nicht mitgebracht?“

„Er wird kommen, vielleicht schon morgen!“ —

„Dein Harald wird kommen?“

„Ja, liebe Frau Lang, mein Harald möchte doch seine Großmutter mal sehen!“

„Seine Großmutter? — Ja, wohnt denn die hier?“

Die Produktion im Bergbau

Jahrbücher der Gewerkschaften enthalten gewöhnlich viel mehr, als der Laie hinter ihnen vermutet. Sie sind keine einfachen Geschäftsberichte mehr, in denen über Mitgliederentwicklung, Vermögenszunahme, Rechtsschutz und Arbeitskämpfe berichtet wird, sondern das Jahrbuch einer großen Gewerkschaft gibt ein Spiegelbild der Wirtschaft oder wenigstens des Teiles der Wirtschaft, der die betreffende Gewerkschaft angeht. Das gilt auch von dem Jahrbuch 1929 des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, welches soeben, 470 Seiten stark, im Verbandsverlag in Bochum erschienen ist.

Wir können hier nicht den ganzen Inhalt des Jahrbuches besprechen, was aber über die Produktionsverhältnisse im Jahrbuch gesagt wird, erscheint uns sehr bemerkenswert, insbesondere dadurch, daß hier klar gezeigt wird, wie in den letzten Jahren die Produktion pro Kopf der Belegschaft gestiegen ist.

Das Jahrbuch sagt:

Die Uebersichten über die Produktionsverhältnisse zeigen, daß das Jahr 1929 ein Rekordjahr für die Kohlenindustrie war. Die Produktion betrug (in Millionen Tonnen):

	Steinkohle	Koks	Braunkohle	Braunkohlenbriketts
1918	140,7	31,6	87,2	21,9
1928	150,8	33,8	166,2	40,1
1929	165,4	38,5	175,1	42,2

An der Ruhr wurden produziert im letzten Jahre 124,7 Millionen Tonnen Steinkohlen gegen 114,1 in 1918; Koks 35,4 Millionen Tonnen gegen 28 in 1918. Oberschlesien förderte 1929: 20,9 Millionen Tonnen Steinkohlen gegen 11,09 Millionen Tonnen, Aachen 6,37 Millionen Tonnen gegen 3,2 Millionen Tonnen. Niederschlesien überschritt die Friedensleistung etwas, Sachsen blieb dahinter zurück. Diese Produktion wurde mit einer verhältnismäßig stark reduzierten Belegschaft erreicht. Die Belegschaft betrug:

	Ruhr	Oberschlesien	Aachen	Braunkohle
1918	428 033	31 739	14 766	52 164
1924	467 107	44 584	19 224	64 725
1929	375 970	59 917	25 596	67 173

Wie die Förderung je Kopf gestiegen ist, möge ein Beispiel zeigen. Es entfiel je Kopf der unter Tage beschäftigten Arbeiter in Kilogramm je Tag:

	Ruhr	Oberschlesien	Aachen
1918	1161	1636	957
1924	1079	1309	796
1928	1463	1735	1099
1929 (Nov.)	1584	1771	1172

Im Braunkohlenbergbau wurde in Ostelbien die Vorkriegsleistung je Mann und Schicht um 57,9 Prozent gesteigert, in Westelbien um 57,7 Prozent, im Rheinland um 92 Prozent. Die Steigerung hat in allen Revieren und in beiden Kohlenarten seit Jahresanfang noch immer angehalten. Wenn auch die Löhne seit 1924 erheblich gestiegen sind, so ist doch die Leistungssteigerung nicht entsprechend ausgeglichen.

Im Eisenerzbergbau ist die Zahl der Beschäftigten von 24 600 in 1913 auf 17 000 im letzten Jahre zurückgegangen, die Jahresförderung je Mann stieg aber von 296 auf 402 Tonnen.

Der Kaliberbergbau förderte 1913: 13,2 Mill. Dz. Reinkalt, 1929: 16,3 Mill. Dz. Während 1913 noch 30 932 Arbeiter beschäftigt waren, sank die Zahl in 1929 auf 22 548.

Geringeres Arbeitseinkommen erzwingt Umsatzrückgang

Die starke Beeinträchtigung der Massenkaufkraft macht sich naturgemäß namentlich im Umsatz des Einzelhandels stark bemerkbar. Dadurch wird die Krise ganz wesentlich verschärft. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wiesen die Umsätze des Einzelhandels einen starken Rückgang gegenüber dem Vorjahr auf. Das Konjunkturinstitut schätzt den Rückgang insgesamt auf 170 200 Millionen Mark. Bei Nahrungs- und Genussmitteln wird der Rückgang von 5 v. H., bei Bekleidung ein solcher von 3 v. H. und bei Kultur- und Luxusbedarf einschl. Drogen, pharmazeutische Artikel und Kohle ein Minderumsatz im Ausmaß von 5 v. H. festgestellt. Nur bei den Posten Hausrat und Wohnbedarf wird eine Umsatzsteigerung von 6 v. H. angenommen. Dies hängt wohl mit der gestiegenen Heiratsziffer in diesem Jahre zusammen. Am auffallendsten dürfte die Verminderung der Umsätze bei den Lebensmitteln sein. Lebensmittel gehören zu den unbedingt notwendigen Konsumartikeln. Wenn hierin ein Rückgang zu verzeichnen ist, dann muß das Massenelend schon sehr groß sein. Auch an Hand der Umsätze und der Kundenzahl in Warenhäusern wird ein sehr bedeutender Wandel festgestellt. Sowohl die Kundenzahl als auch die Umsätze gingen zurück. Ein wesentlich stärkerer Rückgang war bei letzterem festzustellen. Die Aussichten für das Sommergeschäft werden ebenfalls ungünstig beurteilt. Diese ungünstige Voraussicht kann sich allerdings in wesentlich geringerem Maße auswirken, wenn der Rückgang der Preise sich dem Rückgang der Massenkaufkraft angleicht, oder noch darüber hinausgeht. Das Konjunkturinstitut bemerkt hierzu in seinem Wochenbericht Nr. 11: „Sollte sich der Preisrückgang im Einzelhandel soweit verstärken, daß dadurch eine Steigerung der Umsatzmengen erreicht wird, so dürfte damit eine der ersten Voraussetzungen für die Ueberwindung des Konjunkturrückganges gegeben sein. Diese Entwicklung wird allerdings gehemmt werden, wenn durch das neue Finanzprogramm das Nettoeinkommen weiterer Käuferkreise geschmälert wird.“ Somit wird von einem halbamtlichen Institut festgestellt, daß die Politik der derzeitigen Reichsregierung die Wirtschaftslage erschwert, anstatt sie zu fördern. Es ist eine Politik, die aufzubauen gedenkt, jedoch in ihrer Wirkung das Gegenteil erreicht.

Kolleginnen und Kollegen werbt unermüdetlich für den Verband!

„Frau Lang — verstehen Sie mich denn? Harald Lang hat einen Sohn, einen schönen, herrlichen Sohn, sein Ebenbild ist er!“

„Ja, wie denn, Dilde?“ — fragte die Greisin zaghaf.

„Sie werden vielleicht morgen schon Ihren Enkel sehen!“

„Dilde, Dilde, wenn es wahr wäre!“ —

„Es ist wahr! Harald Lang ist nicht tot — er lebt — lebt in seinem Sohne!“

„Dilde! Bring ihn mir! Bring mir Haralds Sohn — ich muß meinen Enkel sehen!“ lachte und weinte die Frau. Sie rang die welken Hände und wußte sich vor Freude nicht zu fassen. „Dilde, daß du mir solche Freude machst!“

Ragnhild befürchtete, daß die Freude der Greisin Schaden könnte, und suchte sie zu beruhigen. „So Großmütterchen!“ sagte sie — „nun mußt du aber ein wenig ruhen, damit du munter bist, wenn dein Harald kommt.“

Gehorsam ließ sich die alte Frau von Ragnhild ins Bett packen. Ragnhild hatte ihr elegantes Kleid abgelegt. In Frau Langs lächerlich weiten Röcken stand sie und hielt großes Reine machen. Harald sollte die Großmutter nicht in solchem Schmutze sehen. Oh, die Dilde hatte das Arbeiten nicht verlernt. Bald blißte alles vor Sauberkeit. Das Zimmer hatte ein ganz anderes Gesicht bekommen. Die Greisin lag im Bett und sah ihr lächelnd zu: „So hübsch machst du's, weil unser Harald kommt?“

„Ja, Großmutter, unser Harald liebt nur das Schöne!“

Mit großer Geduld reinigte Ragnhild Haralds Bild von dem jahrelangen Schmutz.

„Unser Herr (damit meinte sie ihren Mann) hat es damals malen lassen. Es ist ein Ölgemälde, Dilde, paß nur ja gut auf und verwisch es bloß nicht!“

„Ich passe schon auf, Großmutter, sollst mal sehen, wie fein es nun wird!“

„Aber die Blumen, Dilde, du wirfst doch die schönen Rosen nicht weg?“ —

„Nein, ich nehme sie nur solange ab — morgen hole ich frische — die duften viel schöner — mit frischen Rosen will ich Haralds Bild schmücken — wenn morgen sein Sohn kommt!“

„Ja, Dilde!“ lachte die Großmutter froh.

Ernst Langs Töchter, er hatte zwei, steckten hin und wieder den Kopf zur Tür herein, zogen ihn aber schnell wieder zurück und huschten die Treppe hinunter.

„Mama, die Frau da oben kehrt das unterste zu oberst!“ berichteten sie unten. „Und sie sagt Großmutter zu ihr. Ich habe es ganz deutlich gehört!“

„Daß sie doch!“ gab die Frau unwirsch zur Antwort. „Wie sie hier unten war, um heißes Wasser und Soda zu holen, hat sie angeordnet, daß Frau Lang von heute ab Essen aus dem „Hirschen“ bekäme. Uns kann es ja nur recht sein. Der Himmel mag wissen, was das alles zu bedeuten hat. Ihr Mantel ist mit Seide gefüttert!“

Das große Geschehen

Von Dr. Gustav Hoffmann

Jeder einzelne hat seine eigene Welt. Es gibt Ereignisse, die nur den einzelnen treffen, auf das schwerste ergreifen, auf das freudigste erregen und von denen schon der nächste Nachbar und Kollege gar nichts weiß. Doch im großen Geschehen, im Wachsen der Welt, im Reisen und Vorwärtsschreiten der Menschheit, da gibt es nur eine Erde, und nach den „ewigen, ehernen, großen Gesetzen“ des Erdballs vollzieht sich der Welt geschichtliches Wachsen überall.

In feinen Gedanken weist Wilhelm Michel auf die „Europäischen Kunstbeziehungen“ hin. „Mit Staunen sehen wir“, so schreibt er, „so oft wir über die Grenzen schauen, in Frankreich, in England, in Rußland die Berufsgenossen um Probleme bemüht, die im Innersten unserer Brust aufgetaucht zu sein scheinen. Mit Staunen gewahren wir, daß wir gewisse fremdländische Gedanken und Werke manchmal besser kennen als Dinge, die Wand an Wand mit uns entstanden sind. Und wir können aus diesen Beobachtungen nur die Lehre ziehen, daß die Zeitgewalt weiter reicht als unser Land.“ So war es stets, zu allen Zeiten der Geschichte. Immer wenn wahrhaft Großes geschah, fühlte nicht nur ein Land das neue Regen. Es war z. B. nicht etwas Außergewöhnliches, daß da einst ein Buddha in Indien seine Lehre gekündet hat, aus der dann die verbreitetste aller Weltreligionen wurde. Zur gleichen Zeit, geschichtlich gesprochen, das heißt zur gleichen Epoche, lehrte Zoroaster in Persien, traten in Palästina die großen Propheten auf, während in Griechenland die großen Tragiker und Philosophen das gleiche in ihrer Art und Sprache gekündet haben, bis dann ein Christus diese Epoche schloß.

Und dann dieses Einzigartige später immer wieder im Geschehen der Zeit. Renaissance, Romantik, auf die Wilhelm Michel als eigenartige „Allgemeinbewegungen ganzer Völkergruppen, ganzer Erdteile“ hinweist: gibt es in solchem Zusammenhange und in solchem Weltblick nicht zu denken, daß sich da heute in allen Ländern, bei allen Völkern, auf der ganzen Erde die gleiche, große soziale Bewegung vollzieht? Stehen wir nicht unter dem Eindruck einer geschichtlichen Stunde, wenn wir sehen, daß sich wieder, wie oft, ein Etwas vollzieht in aller Welt? Muß es nicht groß sein, dieses Etwas, weil wir es überall finden? Und muß es uns nicht zu Ehrfurcht zwingen, dieses Etwas, weil es sich überall regt, in aller Welt?

Internationalität des modernen Fühlens soll etwas Abstoßendes haben, etwas, das sich mit Volksgemeinschaft nicht verträgt? Es soll der Internationalität etwas Unvollkommenes anhaften, etwas wenig Erdgewurztes?

So urteilt der Mensch, der unter engem Horizonte seinen Vorteil sieht und aus der Kleinwelt seines Ich die Welt betrachtet. Der nur die Jahre sieht und nicht die Jahrzehnte, ja Jahrhunderte in einem Erlebnis erfassen kann.

Die Zeit ist erfüllt. Wieder einmal erfüllt. Nur anders. Und wer sie nicht in der Welt fühlt und bei allen Völkern, der fühlt die Zeit nicht.

Internationalität ist Größe geschichtlichen Erlebens, ist Fähigkeit zu historischem Blick. Internationalität des sozialen Fühlens gibt auch dem Geschehen im Volke Größe, erhöht das nationale Werden zum Teile der Weltkultur. Gibt selbst dem einzelnen, jedem einzelnen von uns die neue Menschengröße, die da um so persönlichkeitsfüllter ist, je weiter und tiefer sie umspannt.

Die Weltenstunde der sozialen Freiheit schafft neues Erden-, Volk- und Menschgefühl.

Die Geschichte schreitet. Draußen und in uns.

Die Reichsbetriebe florieren

Kürzlich hat die Vereinigte Industrieunternehmungen A.-G. (Viat) ihren Geschäftsbericht bekanntgegeben. Die Viat ist eine Holdinggesellschaft, die die Unternehmungen des Reichs kontrolliert und verwaltet. Neben einigen Rückschlägen haben sich die in der Viat vereinigten Unternehmungen günstig entwickelt. Und dies zu einer Zeit, wo die Privatunternehmer Stein und Bein klagen. In welcher Weise dies geschah, ist am besten durch eine Auslassung zu erklären, die wir in Nr. 21 der Zeitschrift „Ruhr und Rhein“ finden.

„Der Umfang der einzelnen zur Viat gehörenden Unternehmungen ist außerordentlich groß; so hat z. B. die Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G. im Jahre 1929 einen Umsatz von nicht weniger als 73,7 Milliarden Mark aufzuweisen, nachdem dieser im Jahre 1927 erst 52,6 Milliarden betragen hat. Die der Viat ange-schlossenen elektrowirtschaftlichen Unternehmungen hatten im vergangenen Jahre eine Erzeugung von nicht weniger als 3 437 930 000 Kilowattstunden, im Jahre 1927 betrug diese Erzeugung erst 2 775 800 000 Kilowattstunden; sie ist also im Verlauf von nur 2 Jahren um rund 25 Prozent gestiegen; nach eigener Angabe der Viat stehen mit dieser Erzeugung die reichseigenen Werke an der Spitze der gesamten deutschen Elektrizitätserzeugung. An Braunkohle fördern die reichseigenen Unternehmungen nicht weniger als rund 9 Millionen Tonnen. Schon diese Ziffern geben einen anschaulichen Einblick von der Bedeutung der Reichswirtschaft innerhalb der gesamten deutschen Wirtschaft, wobei noch bemerkt sei, daß für manche Unternehmungen die Umsatz-, Produktionszahlen usw. nur durchaus unzureichend angegeben sind. Die Entwicklung der reichseigenen Betriebe ist um so erstaunlicher angesichts der Tatsache, daß in derselben Zeit die Privatwirtschaft einen sehr starken Schrumpfungsprozess erfahren hat.“

Man kann es diesem schwerindustriellen Organ nachfühlen, daß es die günstige Entwicklung der Reichsbetriebe neidisch betrachtet. Vor Tische las man's anders. Als das Reich die ihm gehörenden Rüstungsunternehmungen und sonstigen Betriebe auf Friedensarbeit umstellen mußte, sagte man ein baldiges Fiasko voraus. Nun ist das Gegenteil eingetreten und die Industrie ist auch in diesem Zustand nicht zufrieden. Allen Menschen recht zu machen, ist eine Kunst, die niemand kann. Wir wollen uns aber freuen, daß auch gemeinwirtschaftliche Betriebe ihre Existenzberechtigung beweisen.

„Sie muß sehr reich sein!“ sagte Frieda, die Älteste, die unförmlich dick war und einen viel zu kurzen Rock trug. Dazu hatte sie einen ungepflegten Bubikopf. Die Jüngste, Tekla, aber schritt wie eine Dame daher. Schnürtaille, französische Absätze, hochfriesiertes Haar und rauchte wie ein Schlot.

Einige Tage später, als alles blitz und blank war, die Großmutter im schwarzen Wollkleide, ein kleidsames, weißes Spitzenhäubchen auf dem dünnen Haar, bequem im Lehnstuhl saß, kam Harald.

Vor der Tür hielt ein elegantes Auto! Ein schlanker, schöner junger Mann im eleganten Havelock stieg heraus — sah sich weder nach rechts noch links um. Wie im Traume schritt er an der Seite seiner Mutter die schmale Treppe empor, die in Frau Rang's Zimmer führte.

„Jung, mein Jung!“ Mit einem Jubelruf breitete die Greisin ihre Arme aus.

„Da bin ich, Großmutter!“ dann hielt er die gebrechliche Frau in seinen Armen und küßte ihr die welken Wangen.

„Sag' doch Mutter, Harald, sag' doch Mutter, mein Junge! Dein du bist es ja selber! — Nur ein einziges Mal sag „Mutter“ zu mir!“

„Ist Großmutter nicht auch schön? Ich kann doch nicht zwei Mütter haben!“ scherzte Harald.

Die Greisin aber verstand ihn nicht.

„Sie lügen ja alle, die da sagen, du seiest gestorben! Du lebst doch, Harald! — Sag, mein Jung, warum bleibst du solange fort?“

Ragnhild sah den Sohn an und er verstand nun, worum ihn die Mutter hat.

„Ja, Mütterchen!“ schmeichelte er. „Nun bin ich ja wieder hier und alles ist wieder gut!“

„Ja, mein Junge, nun ist alles wieder gut. Ach, das Leben ist doch so schön! Sieh doch nur, wie schön Dilde dein Bild geschmückt hat! Richtige Rosen! Da — riech doch mal! Und dort hängt du noch als „Gustav Adolf“! Und da — da hängt deine Schleife von dem großen Lorbeerkrantz — kannst du sehen, ich weiß noch alles so genau!“ Sie lachte schelmisch. „Junge, wie habe ich die Sachen immer vor Vater verstecken müssen!“

Im Innersten erschüttert, betrachtete Harald alle die lieben Andenken von seinem Vater. Lange stand er vor dem Gemälde, das den Vater in seiner Blüte zeigte. Er verstand es so gut, daß die greise Mutter irre werden und ihn für den verstorbenen Sohn halten konnte. Mit gefalteten Händen stand er vor dem Bilde und hielt Zwiesprache mit dem Vater.

Ragnhild hielt sich diskret im Hintergrunde. Sie hatte Angst, daß das Wiedersehen der alten Frau schaden könnte. Auch die allzu große Freude kann töten.

(Schluß folgt.)